

Fragen

für die Fragestunde der 205. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Januar 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	29, 77	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	72, 90
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	14, 96	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 46
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	41, 42	Kleinwächter, Norbert (AfD)	31, 51
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 56	Konrad, Carina (FDP)	38, 39
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69
Ferschl, Susanne (DIE LINKE.)	30	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	21, 22
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	33, 87	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71, 95	Luksic, Oliver (FDP)	63, 86
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	20
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	67	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Herbst, Torsten (FDP)	43, 70	Neumann, Martin, Dr. (FDP)	3, 4
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	5	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	91, 92
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	25, 26
Huber, Johannes (AfD)	53, 54	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	82, 83
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	17, 94	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	13, 93		
Jung, Christian, Dr. (FDP)	65, 66		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Renner, Martina (DIE LINKE.)	80, 81	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	52
Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85
Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32	Todtenhausen, Manfred (FDP)	6, 7
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	88, 89	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 75
Schäffler, Frank (FDP)	64	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	40
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 76	Wetzel, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	24, 36	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	11, 12
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)	49, 50

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.....	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	23
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	25
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	27

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wie groß ist nach Auffassung der Bundesregierung der Kreis der Anspruchsberechtigten für die bereits beschlossenen außerordentlichen Wirtschaftshilfen für die Unternehmen, die von den Schließungsmaßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie betroffen sind, und wie viele der Anspruchsberechtigten haben ihre Ansprüche bereits geltend gemacht?

2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wird der neue überarbeitete Entwurf zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (www.bmw.i.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/01/20210117-berichterstattung-welt-am-Sonntag-laden-von-e-autos.html) noch das Instrument der so genannten Spitzenglättung in irgendeiner Form enthalten, durch welches es Stromversorgern ermöglicht werden sollte, Wallboxen für Elektroautos und Wärmepumpen in Gebäuden zeitweise ferngesteuert vom Netz zu nehmen, um eine drohende Überlastung des Stromnetzes abzuwenden (www.welt.de/wirtschaft/article224522826/Zwangs-Ladepausen-fuer-E-Autos-Altmaier-hat-es-sich-anders-ueberlegt.html#Comments), und falls ja, in welcher Form wird die so genannte Spitzenglättung noch in dem überarbeiteten Entwurf enthalten sein?

3. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP) Welche Lehren zieht die Bundesregierung aus dem Fast-Blackout (www.lr-online.de/nachrichten/politik/europaeisches-stromnetz-europa-schrammt-am-blackout-vorbei-54372287.html) des europäischen Stromnetzes am 8. Januar 2021?

4. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP) Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der nationalen Wasserstoffstrategie (www.bmbf.de/files/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf) die Chancen für Ammoniak als nachhaltigen Energieträger, das vom Umweltbundesamt als ein Luftschadstoff (www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luftschadstoffe-im-ueberblick/ammoniak#emittenten-quellen-fur-ammoniak-in-der-landwirtschaft) eingestuft wird?

5. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Weswegen hat die Bundesregierung erst Ende Dezember 2020 bei der EU-Kommission beantragt, im Rahmen der Umsatzerstattung auch größere Summen erstatten zu dürfen (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-hilfen-warum-kommen-die-shutdowns-schneller-als-das-geld-a-77797e5e-e0d1-4b43-8d20-1eea42d88e61), und wie plant die Bundesregierung mit Fällen umzugehen, in denen zwischen Beantragung auf finanzielle Unterstützung und finaler Auszahlung die Zahlungsunfähigkeit eintritt?
6. Abgeordneter
Manfred Todtenhausen
(FDP)
- Sind in Bezug auf die Überbrückungshilfen bzw. November- und Dezemberhilfen nun alle beihilferechtlichen Details und ggf. offenen Fragen seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit der EU-Kommission geklärt, was die Antrags- und Auszahlungsmodalitäten betrifft, oder gibt es ggf. weitere Unklarheiten, bei denen Antragsteller wie unterstützende Stellen mit – auch kurzfristigen – Änderungen rechnen müssen?
7. Abgeordneter
Manfred Todtenhausen
(FDP)
- Ist außerdem absehbar, dass der Bund die Förderhöchstgrenzen entsprechend einer erweiterten beihilferechtlichen Vereinbarung mit der EU erhöhen kann?
8. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung weiterhin Bedarf noch in dieser Legislatur für eine Regelung nach § 14a des Energiewirtschaftsgesetzes, und wie erklärt die Bundesregierung das Zurückziehen des Gesetzentwurfs nach zwei Jahren Konsultationsverfahren am Stichtag der Verbändeanhörung (www.welt.de/wirtschaft/article224522826/Zwangs-Ladepausen-fuer-E-Autos-Altmaier-hat-es-sich-anders-ueberlegt.html)?
9. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, dass die noch zu gründende von der Bundesregierung mit 1,5 Milliarden Euro Steuergeldern ausgestattete Stiftung zur Sicherstellung eines zeitnahen und effektiven Markthochlaufs von grünem Wasserstoff (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiepolitik-wie-deutschland-sich-den-zugriff-auf-gruenen-wasserstoff-sichern-will/26628702.html?ticket=ST-7948461-3XOVdgW2gNs3vTfStVuR-ap5) in privatwirtschaftlichem Besitz sein soll und deren Strategie von einer Task-Force entwickelt wird, die beim Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (DWV) e. V. angesiedelt ist, und welchen Vorteil sieht die Bundesregierung in dieser Struktur im Vergleich zur direkten Vergabe durch die öffentliche Hand?

10. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt das Bundeswirtschaftsministerium der Notwendigkeit erhöhter Ausbauzahlen für erneuerbare Energien zu, wie sie von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze und dem Staatssekretär Jochen Flasbarth öffentlich angekündigt werden (13. Januar 2021: „Schulze fordert deutlichen Ausbau von erneuerbaren Energien bis 2030“, dpa; <https://background.tagesspiegel.de/newsletter/3eixf0HTK8WI7d0DOxbIHr>), und wann wird der Entwurf einer EEG-Novelle mit derart angehobenen Ausbauzielen im Kabinett beraten?
11. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Soloselbstständige haben bislang bundesweit und in Sachsen seit der Auflage von Hilfsprogrammen nach Kenntnis der Bundesregierung Anträge auf finanzielle Hilfen zur Bewältigung der Folgen des Coronavirus in welcher Höhe insgesamt gestellt, und wie hoch war die Ablehnungsquote (bitte nach insgesamt und den fünf häufigsten beruflichen Tätigkeiten/Berufsgruppen differenzieren)?
12. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe insgesamt wurden bislang nach Kenntnis der Bundesregierung finanzielle Hilfen zur Bewältigung der Folgen des Coronavirus an wie viele Soloselbstständige bundesweit und in Sachsen seit der Auflage von Hilfsprogrammen ausgezahlt (bitte nach insgesamt und den fünf häufigsten beruflichen Tätigkeiten/Berufsgruppen differenzieren)?
13. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Hat es nach Kenntnis der Bundesregierung eine Exportgenehmigung für das Produkt BizzTrust (Rohde & Schwarz sowie Fraunhofer SIT) nach Myanmar gegeben, wo es nach Informationen der Kampagne „Justice for Myanmar“ vom Militär verwendet wird (www.justiceformyanmar.org/stories/myanmar-military-budget-and-procurement-files), und wenn ja, inwiefern stellt dies nach Auffassung der Bundesregierung einen Verstoß gegen die geltenden Ausfuhrbeschränkungen dar, angesichts des Umstandes, dass das Produkt nach Ansicht von Waffenhandelsexperten wie Siemon Wezeman vom Stockholm International Peace Research Institute ein Dual-Use-Produkt ist, das nicht an das Militär von Myanmar geliefert werden dürfte (www.occrp.org/en/investigations/from-jordanian-planes-to-german-software-myanmar-s-genocidal-military-stocks-up; bitte begründen)?

14. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat es seit 2013 bis zum aktuellen Stichtag Ausfuhrgenehmigungen für Technologie für ballistische Schutzsysteme für Panzer (Typ Leopard, M60 etc.) in die Türkei gegeben (bitte entsprechend den Jahren unter Angabe des exportierenden Unternehmens bzw. Herstellers, Panzer-typs und jeweiligen Warenwerts auflisten), und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung, ob die im Sommer 2020 vorgestellten neuen Schutzsysteme für Leopard-Panzer der türkischen Armee mittels deutscher Technologie hergestellt wurden, vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung der Firma IBD Deisenroth 2014 den Export von Technologie für ballistische Schutzsysteme für Panzer in die Türkei erteilt haben soll (stern vom 21. Januar 2021, S. 52)?
15. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Grundlage erhalten Brauereien, die als Mischbetrieb z. B. auch einen Brauereigasthof selbst führen, bei den Coronahilfsmaßnahmen nach mir vorliegenden Informationen keine vergleichbare Unterstützung wie z. B. Konditoren mit angeschlossenen Cafëbetrieb oder Metzgereien mit angeschlossenen Bistrobetrieb, und in welcher Höhe sind nach Kenntnis der Bundesregierung bisher Mittel aus den November- und Dezemberhilfen für Brauereien in der Oberpfalz geflossen (bitte je Monat nach Landkreisen und kreisfreien Städten aufschlüsseln)?
16. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist die aktuelle Produktionskapazität an medizinischen Schutzmasken in Deutschland vor dem Hintergrund, dass es nach Auskunft des Bundeswirtschaftsministeriums vom September 2020 an möglich sein sollte, dass in Deutschland innerhalb eines Jahres 2,5 Milliarden zusätzliche Masken produziert werden können und zusätzlich bis Ende Juni 2021 die Produktionskapazitäten in Deutschland so weit gesteigert werden sollen, dass innerhalb eines Jahres insgesamt bis zu 7 Milliarden Masken in zertifizierter Qualität (FFP2, FFP3 und medizinische Gesichtsmasken) hergestellt werden können (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/114515/Ab-September-hoehere-Maskenproduktion-in-Deutschland)?

17. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen hat es die Bundesregierung bislang bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie unterlassen, die Preise für OP- und FFP2-Masken festzulegen bzw. deren Verkauf zu subventionieren (unter anderem durch den Verzicht auf die Erhebung der Mehrwertsteuer), damit alle Menschen unabhängig vom Einkommen diese Masken nutzen können, die laut Beschluss der Videoschaltkonferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 19. Januar 2021 „eine höhere Schutzwirkung haben als Alltagsmasken“, und wie garantiert die Bundesregierung, dass auch Bezieherinnen und Bezieher des Arbeitslosengeldes II oder der Grundsicherung im Alter Zugang zu diesen Masken haben, wie es auch Gewerkschaften und Sozialverbände fordern („Kostenlose FFP2-Coronamasken für Hartz IV Bezieher!“, gegenhartz.de, 20. Januar 2021)?
18. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen antwortet das Bundeswirtschaftsministerium in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/25713 nicht, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Unionsfraktion in das eigene Bundesministerium in den letzten Jahren gewechselt sind (im Gegensatz zu den Bundesministerien für Verkehr und digitale Infrastruktur und für Ernährung und Landwirtschaft)?
19. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen, wenn die im Comprehensive Agreement on Investment (CAI) zugesagten „dauerhaften und nachhaltigen Anstrengungen“ der Volksrepublik China zur Ratifizierung der zwei Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gegen Zwangsarbeit, die Konventionen 29 und 105, bis zum Zeitpunkt der Ratifizierung des Abkommens im Rat der Europäischen Union erfolglos waren und nicht zu einer Ratifizierung der ILO-Kernnormen durch China geführt haben, und hat die Ratifizierung der fehlenden ILO-Normen Einfluss auf die Zustimmung der Bundesregierung zum CAI im Rat der Europäischen Union?

20. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Warum veröffentlicht die Bundesnetzagentur (www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/Tel_ekommunikation/Unternehmen_Institutionen/Anbieterpflichten/OeffentlicheSicherheit/AutomatisiertesAuskunftsverfahren/News/01.04.2020ZDF2019_Basepage.html) über die manuelle Bestandsdatenauskunft – anders als über die automatisierte Bestandsdatenauskunft – keine Statistiken, und gedenkt die Bundesregierung, eine gesetzliche Regelung zur Erhebung von Daten zwecks Erstellung von Statistiken über die manuelle Bestandsdatenauskunft zu schaffen?
21. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viele Anfragen hat die Bundesnetzagentur und deren Internet-Angebot „Verbraucherservice Energie“ nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019 und 2021 bearbeitet, und wie viele Missbrauchsverfahren oder weitere Maßnahmen wurden daraufhin eingeleitet (www.bmjv.de/DE/Verbraucherportal/WohnenEnergie/VerbraucherserviceEnergie/VerbraucherserviceEnergie_no.de.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

22. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Zu welchem Ergebnis kam das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz bei der rechtlichen Prüfung von Plänen der Schufa Holding AG, Verbraucher künftig auch anhand von Kontoauszügen bewerten zu wollen, und welche weiteren Schritte unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen diese Pläne (www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/schufa-aufsichtsbehoerde-101.html)?

23. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die erneute Berichterstattung am 19. Januar 2021 (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rechts-verstoesse-in-firmen-und-behoerden-ministerin-lambrecht-will-whistleblower-umfassend-schuetzen/26829384.html?ticket=ST-7403980-Geo7omdMMBwqK9ZkGbjB-ap3) zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, den Eindruck erweckt, dass eine Einigung innerhalb der Bundesregierung seit meiner letzten Frage (Bundestagsdrucksache 19/25435, S. 110) weiter vorangeschritten ist, obwohl der Entwurf bisher nicht in der Kabinettp Planung aufgeführt wurde, und wenn ja, in welchen Punkten wurde Einigkeit erzielt?
24. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung, nachdem der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller die zahlreichen Forderungen nach Vergabe von Lizenzen der COVID-19-Impfstoffe aufgegriffen (siehe <https://rp-online.de/politik/deutschland/minister-gerd-mueller-richtet-impfstoff-appell-an-amazon-und-co-aid-55787805>) und der Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Tedros Adhanom Ghebreyesus den „selbstzerstörerischen me-first-Ansatz“ der reichen Länder gegeißelt hat (siehe www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/who-erst-25-corona-impfungen-in-guinea,SMSA3Q0), ihre Blockade gegen eine Aufhebung von Patenten auf Coronaimpfstoffe aufzugeben, damit die rasche und kostengünstige Ausweitung von Produktionskapazitäten besonders für ärmere Länder, wie von vielen Vertreterinnen und Vertretern von Wissenschaft und Zivilgesellschaft gefordert (siehe www.tagesschau.de/wirtschaft/patente-impfstoffe-101.html), ermöglicht wird, und falls nein, mit welcher Begründung lehnt sie die zumindest zeitlich befristete Aufhebung geistiger Eigentumsrechte, wie von 100 Ländern in einer Initiative der Welthandelsorganisation gefordert, ab (siehe www.neues-deutschland.de/artikel/1147216.corona-impfstoff-impfstoff-muss-ein-gemeingut-sein.html)?

25. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Gibt es, nachdem sich derzeit schon in Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronakrise regelmäßige Bund-Länder-Konferenzen (vgl. zuletzt: Meldung auf der Netzseite der Bundesregierung, <https://bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bund-laender-beschluss-1841048>, zuletzt abgerufen am 21. Januar 2020) verfestigt haben, innerhalb der Bundesregierung Überlegungen oder konkrete Pläne, einen ähnlichen Austausch mit den jeweiligen Fachministern der Länder zu ermöglichen mit dem Ziel, die Zersplitterung der Umsetzung im Bereich des Justizvollzugs (vgl. dazu bereits Süddeutsche Zeitung vom 17. Mai 2010, <https://sueddeutsche.de/politik/strafvollzug-wird-laendersache-zu-befuerchten-sind-billiggefaengnisse-1.432537>, zuletzt abgerufen am 21. Januar 2020) aufzulösen und damit zugleich bisherige aus meiner Sicht fruchtlose Kooperationsbemühungen in diesem Bereich zu ersetzen oder zu ergänzen?
26. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Welche Vorkehrungen wurden getroffen und welche bereits laufenden Maßnahmen existieren, um die zu erwartende Insolvenzwellen in der deutschen Wirtschaft nach dem Auslaufen der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht (vgl. Deutsche Verkehrs-Zeitung vom 18. Januar 2021, <https://dvz.de/rubriken/politik/detail/news/bundesrat-beschliesst-Insolvenzantragspflicht-laenger-auszusetzen.html> und bspw. Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 11. Januar 2021, <https://haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Corona-Folgen-Eine-Welle-von-Insolvenzen-rollt-auf-Hannover-zu>, beide zuletzt abgerufen am 21. Januar 2020) infolge des „Shut-downs“ der Wirtschaft innerhalb der Coronakrise sinnvoll – unter Herausarbeitung der ggf. vorliegenden Ursache – statistisch zu erfassen?
27. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum beschließt die Bundesregierung nicht spätestens jetzt im Januar 2021 wegen des erneuten und in der Dauer nicht absehbaren Lockdowns ein neues Mietmoratorium („Kündigungsschutz“) für Mieterinnen und Mieter wie im Frühjahr 2020 (www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/hmp-miete-schutz-kuendigung-verlaengerung-corona-kris-e-100.html), oder ist die Bundesregierung der Meinung, dass die Vereinfachungen zur Beantragung von Hartz-IV-Leistungen ausreichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

28. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung – auch zur Unterstützung der Bundesländer –, um FFP2-Masken auch für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar zu machen beziehungsweise umsonst an diese abzugeben (www.zeit.de/politik/deutschland/2021-01/bayern-ffp2-masken-pflicht-kostenuebernahme-coronavirus-sozial-schwache), insbesondere, damit für die Betroffenen die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske (OP-Maske, FFP2 und KN95/N95) faktisch nicht zum Ausschluss von der Möglichkeit zum Einkauf und zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs führt, und wie bewertet die Bundesregierung Vorschläge, eine Preisbindung für FFP2-Masken einzuführen (www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_89303504/coronavirus-sp-d-bringt-feste-preise-fuer-ffp2-masken-ins-gespraech.html)?
29. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung die über den Jahreswechsel 2020/2021 erfolgte Neuregelung bei Coronafinanzhilfen für Integrations- und Berufssprachkurse (siehe www.migazin.de/2021/01/21/gekniffen/), und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, damit die in dem genannten Artikel beschriebenen Folgen einer existenziellen wirtschaftlichen Notlage insbesondere für Träger, die sich um noch nicht alphabetisierte Menschen kümmern, nicht eintreten?
30. Abgeordnete
Susanne Ferschl
(DIE LINKE.)
- Welche „andere[n] ebenso wirksame[n] Maßnahmen“ fallen beispielhaft unter § 3 Absatz 3 der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung (Corona-ArbSchV, Bearbeitungsstand: 20. Januar 2021, 15:34 Uhr), welcher die Anforderung an die Arbeitgeber aus § 3 Absatz 1 Satz 1 Corona-ArbSchV aufhebt, medizinische Gesichtsmasken oder FFP2-Masken oder in der Anlage bezeichnete vergleichbare Atemschutzmasken zur Verfügung zu stellen, wenn die Anforderungen an die Raumbelegung aus § 2 Corona-ArbSchV nicht eingehalten werden können, wozu jedoch laut § 2 Corona-ArbSchV bereits „Lüftungsmaßnahmen und geeignete Abtrennungen“ zählen?

31. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung die konkrete Umsetzung des verpflichtenden Angebots einer Homeofficearbeit für Bürobeschäftigte gemäß § 2 Absatz 4 des aktuellen Entwurfs der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung (Bearbeitungsstand: 20. Januar 2021, 15:34 Uhr) vor, wen bislang zwischen Arbeitgeber und Beschäftigten noch keine Vereinbarung bezüglich Homeoffice getroffen wurde?
32. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den bekannt gewordenen Menschenrechtsverletzungen im Wittekindshof in Bad Oeynhausen, einer der deutschlandweit größten stationären Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, in der den Berichten zufolge Menschen mit Behinderungen ohne richterlichen Beschluss eingesperrt und fixiert wurden, gewalttätige Übergriffe durch Mitarbeitende (z. B. Schläge und Tritte) stattfanden und CS-Tränengas eingesetzt wurde (www.presseportal.de/pm/66306/4807768?fbclid=1wAR2Mp0_KYICRCQzSqS2NV38-0BlxU10YIZYVAGsD5x1xcoQ2tDL9yOg8Q38), und was hat die Bundesregierung unternommen, um die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Ziele hinsichtlich des Schutzes von Menschen mit Behinderungen vor Gewalt umzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

33. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele Angehörige der Bundeswehr sind seit dem 1. März 2020 bis heute in den Auslandseinsätzen auf COVID-19 positiv getestet worden (bitte nach Auslandseinsätzen aufschlüsseln)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

34. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch wen wird definiert, ob künftig ein Verzicht auf den Einsatz von Glyphosat „nicht möglich oder zumutbar“ ist, womit nach dem vorgelegten Entwurf für eine Pflanzenschutzanwendungsverordnung in diesen Fällen eine Glyphosatanwendung weiter zulässig sein soll (vgl. www.proplant.a.de/agrar.nachrichten/agrarpolitik/kloeckner-plan-t-weitere-beschraenkungen-fuer-pestizideinsatz_article1607766532.html), und welche Kontrollen sind vorgesehen, damit das Erreichen des Glyphosatminderungsziels der Bundesregierung von 75 Prozent nicht durch häufigen Missbrauch dieser Ausnahme unterlaufen wird (vgl. www.topagr.ar.com/acker/news/glyphosat-verbot-fuer-private-gaerten-soll-2020-kommen-11984606.html)?
35. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum existiert in Deutschland bislang kein Förderprogramm für Landwirte zur Unterstützung von Maßnahmen zur Verringerung des Glyphosateinsatzes, wodurch in der Schweiz seit 2008 eine Senkung der Glyphosatverkaufsmenge um 63 Prozent erreicht wurde (www.blw.admin.ch/blw/de/home/nachhaltige-produktion/pflanzenschutz/pflanzenschutzmittel/verkaufsmengen-der-pflanzenschutzmittelwirkstoffe.html), und plant die Bundesregierung, ein entsprechendes Programm nach schweizerischem Vorbild noch vor der Sommerpause einzuführen?
36. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Sind die im Rahmen der Regierungsbefragung am 13. Januar 2021 getätigten Aussagen der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner, sie sei bereit, „dass wir mit der EU hier gemeinsam vorankommen, damit es keine Schlupflöcher gibt“ (vgl. Plenarprotokoll 19/203; S. 25534), da in Europa verbotene Pestizide „ja aus einem guten Grund verboten“ (vgl. Plenarprotokoll 19/203; S. 25532) seien, als Bekenntnis der Bundesregierung zu verstehen, dass sie sich auf europäischer Ebene dafür stark machen wird, dass keine in der EU verbotenen Pestizide mehr exportiert werden dürfen, und wenn ja, welche konkreten Schritte gedenkt die Bundesregierung diesbezüglich auf nationaler oder europäischer Ebene in dieser Legislaturperiode noch zu unternehmen?

37. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Aussagen der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, denen zufolge „Ackerland in Bauernhand [gehöre]“ und „Ackerland kein Spekulationsobjekt sein [dürfe]“ (vgl. ARD-Mittagsmagazin vom 14. Januar 2021, www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/mittagsmagazin/videos/landwirte-ohne-land-video-100.html, abgerufen am 14. Januar 2021, verfügbar bis 14. Januar 2022) wirksame Beschränkungen von so genannten share deals im Bereich der Landwirtschaft, welche dort für stark angestiegene Kaufpreise von Ackerland und eine hohe Steigerung der Pachtpreise verantwortlich sind (vgl. www.haufe.de/immobilien/investment/agraerfaechen-via-share-deal-fuer-investoren-von-interesse_256_502552.html, abgerufen am 15. Januar 2021), und wenn ja, welche konkret?
38. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wird die Bundesregierung sicherstellen, dass trotz der anhaltenden Coronapandemie und des verlängerten Lockdowns Saisonarbeitskräfte, die in der Landwirtschaft tätig sind, aus dem Ausland wie zum Beispiel Rumänien und Bulgarien einreisen können, um unsere heimischen Landwirte bei der Aussaat und bei Schnitтарbeiten im Obst-, Gemüse- und Weinanbau unterstützen zu können, und welche Bedingungen werden für die Einreise aus den verschiedenen Ländern gelten?
39. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Auf welcher Grundlage kam die Bundesregierung zu dem Entschluss, für die Beantragung der „Bauernmilliarde“ ein Online-Antragsverfahren über die Rentenbank zu nutzen, und welche Vor- und Nachteile wurden vor Beginn des Verfahrens diskutiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

40. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Ergebnis kam die Prüfung der Bundesregierung, ob und inwieweit aufgrund der Vorgaben der Richtlinie (EU) 2019/1158 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige Umsetzungsbedarf besteht, und bis wann strebt die Bundesregierung eine etwaige Umsetzung an (vgl. Bundestagsdrucksache 19/11950, Antwort zu Frage 108)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

41. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Vergabeverfahren wurden die Konditionen zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und der Fa. Emix Trading GmbH für die Beschaffung von Persönlicher Schutzausrüstung (PSA) im Zuge der COVID-19-Pandemie verhandelt, und aus welchen Gründen wurde keine Vergabemeldung auf der Vergabepattform TED veröffentlicht (www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-die-lobbyistin-und-schweizer-schnoesel-skandal-um-ueberteuerte-corona-maske-n-a-00000000-0002-0001-0000-000174874865)?
42. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Gab es zwischen Melanie Huml, ehemalige Gesundheitsministerin Bayerns, und dem Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn einen Austausch bezüglich der Beschaffung von Persönlicher Schutzausrüstung (PSA) bei der Fa. Emix Trading GmbH, und wurde dem Bundesminister Jens Spahn in diesem Zusammenhang die Beschaffung bei der Fa. Emix Trading GmbH empfohlen (www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-die-lobbyistin-und-schweizer-schnoesel-skandal-um-ueberteuerte-corona-masken-a-00000000-0002-0001-0000-000174874865)?
43. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Für die Entwicklung welcher Apps zur Kontaktnachverfolgung während der Coronapandemie in Gastronomie und bei kulturellen Veranstaltungen hat die Bundesregierung bisher Fördermittel zur Verfügung gestellt, und wie viele Mittel des Bundes sind für diese Apps jeweils abgeflossen?

44. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit schließt sich die Bundesregierung der Einschätzung der Bundesärztekammer (BÄK) sowie der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin (DEGAM) an, dass die derzeit vorliegenden Vorschläge zur Reform des Rahmenvertrags zur Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV), die Angaben einer Mindestpersonalausstattung beinhalten, insbesondere in ländlichen Regionen aufgrund des Personalmangels zu Engpässen in der Versorgung (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/119210/Palliativversorgung-DEGAM-und-die-BAeK-sehen-Herausforderungen-bei%20SAPV-Rahmenvertrag; www.hausarzt.digital/politik/palliativmedizin-neue-huerden-fuer-hausaerzte-kommentar-74203.html), und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass sich die Versorgungslage insbesondere in ländlichen Regionen durch einen neuen Rahmenvertrag zur SAPV nicht verschlechtern wird?
45. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich die Anzahl angeordneter Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie bundesweit nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr entwickelt, und welche Ursachen führen nach Kenntnis der Bundesregierung zu Zwangsmaßnahmen?
46. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen verzögert sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Versand der Coupons für FFP2-Masken, und was gedenkt die Bundesregierung dafür zu tun, damit alle Berechtigten möglichst schnell diese Masken erhalten, insbesondere vor dem Hintergrund der FFP2- oder Medizinischen-Maskenpflicht in Läden und im ÖPNV?
47. Abgeordneter
Wolfgang Wetzel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Problematik des Transports älterer Menschen zu den Impfzentren, insbesondere im ländlichen Raum, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, wie der Bund die Bundesländer bei der Transportlogistik unterstützen könnte (www.frieipresse.de/zwickau/werdau/93-jaehriger-wie-komme-ich-ins-impfzentrum-artikel11304919)?
48. Abgeordneter
Wolfgang Wetzel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welcher Anteil des gesamten Impfangebots in den Impfzentren im Freistaat Sachsen von den Impfberechtigten tatsächlich wahrgenommen wird, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Gründe vor, warum Impfberechtigte das Angebot nicht wahrnehmen?

49. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Konzepte diskutiert die Bundesregierung zum im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Entlastungsbudget, bestehend aus Tagespflege, Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege, und bis wann soll das Entlastungsbudget eingeführt werden?
50. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Angehörigenverbänden (www.entlastungs-budget.de/wp-content/uploads/2020/11/Pflegereform-P Ae.V.-Brief.pdf), dass der Leistungssatz der Verhinderungspflege weiterhin zu 100 Prozent für stundenweise Ersatzpflege eingesetzt werden können muss und Pflegepersonal über eine Deckelung der stundenweisen Ersatzpflege auf maximal 40 Prozent des Leistungssatzes erheblich belastet würden?
51. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den finanziellen monatlichen Aufwand der zwischen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den Ministerpräsidenten der Länder in der Telefonkonferenz vom 19. Januar 2021 vereinbarten Regelung, der zufolge die Pflicht zum Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Geschäften verbindlich auf eine Pflicht zum Tragen von medizinischen Masken konkretisiert wird (www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1840868/1c68fcd2008b53cf12691162bf20626f/2021-01-19-mpk-data.pdf?download=1, Punkt 3), für nichterwerbstätige Bürger und für erwerbstätige Bürger, die auch für den Arbeitsweg öffentliche Nahverkehrsmittel nutzen, jeweils sein?
52. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Wie plant die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass die maximale Tragedauer von FFP2-Masken von zwei Stunden und die anschließende Pausenzeit von 30 Minuten eingehalten werden kann, sofern das Tragen dieser Masken in Fernverkehrszügen der Deutschen Bahn AG verpflichtend wird („Covid-19 – Deutsche Bahn prüft offenbar FFP2-Maskenpflicht“, deutschlandfunk.de vom 17. Januar 2021), und wo sollen Fahrgäste während der Zugfahrt die Pausenzeit verbringen (Quelle zu Tragevorgaben: www.bgw-online.de/SharedDocs/FAQs/DE/News/Logo-Physio-Ergo/Corona-Tragedauer-FFP2.html)?

53. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Hält die Bundesregierung die Ermächtigungsgrundlage der Coronavirus-Impfverordnung für die nach Priorität zu impfenden Bevölkerungsgruppen gegen COVID-19 für ausreichend gegeben, und kann die Bundesregierung verfassungsrechtliche Bedenken (www.aerztezeitung.de/Politik/Staatsrechtler-zerpfluecken-Corona-Impfverordnung-der-Regierung-416136.html) gegen die Praxis der Rechtsverordnung ausschließen?
54. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Amtsgerichts Weimar (www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/weimar/corona-kontaktverbot-verfassungswidrig-amtsgericht-100.html) über ein verfassungswidriges Kontaktverbot und mit Hinblick auf künftige Vorhaben und Verordnungen, wird die Bundesregierung zukünftig von weiteren Kontaktverboten als Maßnahmen gegen COVID-19 absehen, da derartige Maßnahmen nach Auffassung des Amtsgerichts gegen Artikel 1 GG („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) verstoßen und nur durch einen Notstand zu rechtfertigen wären, bei dem das Gesundheitssystem zusammenzubrechen droht?
55. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, dass die Bundesregierung für freiwillige Helferinnen und Helfer eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 20 Euro pro Stunde vorsieht (www.n-tv.de/ticker/Helfer-bei-Schnelltesten-in-Heimen-sollen-20-Euro-die-Stunde-verdienen-article22308196.html), und wie erklärt die Bundesregierung den Pflegekräften in den Pflegeeinrichtungen, dass sie für ihre Arbeit nur einen Pflegemindestlohn von gerade einmal 12,20 Euro bzw. 12,50 Euro bekommen?
56. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es in der Bundesregierung Pläne oder Vorstellungen darüber, in welcher Reihenfolge Handel, Kultur und Gastronomie bei gesunkener Inzidenz wieder öffnen können, und welche Inzidenzwerte oder andere Kriterien hält die Bundesregierung hier für entscheidend?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

57. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An welchen Bundesstraßen in Niedersachsen wurden im Jahr 2020 wie viele Kilometer Radwege neu gebaut (bitte jeweilige Bundesstraßen benennen und die Länge der im Jahr 2020 neu errichteten Radwege an dieser Bundesstraße in Kilometern angeben)?
58. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Über wie viele Kleinkindabteile bzw. Kinderabteile und wie viele Familienabteile (die räumlich als eigenes Abteil von anderen Bereichen des Fahrzeuginnenraumes abgetrennt sind) verfügen alle Fernverkehrsfahrzeuge der Deutschen Bahn AG derzeit (Stand: Januar 2021)?
59. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurden inzwischen alle Hindernisse für die Nutzung der Aus- und Neubaustrecke zwischen München und Berlin durch den Schienengüterverkehr beseitigt (so die Verlegung der sechs Signalpunkte zur Erhöhung der Zughakengrenzlast, die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 110 auf Bundestagsdrucksache 19/24118 für November des vergangenen Jahres zugesagt worden war; außerdem ein Sicherungssystem zur Überwindung des bisherigen Tunnelbegegnungsverbot zwischen Ebenfeld und Erfurt, siehe Antwort zu den Fragen 3 und 14 auf Bundestagsdrucksache 19/24864), und liegen inzwischen Trassenanmeldungen für den Güterverkehr vor bzw. werden derartige Anmeldungen erwartet?
60. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unter welchen Bedingungen wird der Tunnelvortrieb an der Rheintalbahn bei Rastatt, an der sich im August 2017 ein Baustellenunglück ereignete, fortgeführt werden können (bitte zu den Bedingungen angeben, wann diese aus heutiger Sicht erfüllt sein könnten), und welcher Aufwand (Strommenge, Kosten) musste bisher betrieben werden, um die Vereisung des Bauuntergrundes über Jahre hinweg aufrechtzuerhalten (vgl. Stuttgarter Zeitung vom 19. Januar 2021)?

61. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Ziele verfolgt die Bundesregierung mit dem sogenannten Dialogforum „Gemeinsam für einen starken ÖPNV“, das im Herbst 2020 im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur eingerichtet wurde (genannt vom Verband der deutschen Verkehrsunternehmen (VDV) in der öffentlichen Anhörung zur Finanzierung des ÖPNV am 13. Januar 2021 im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages), und inwiefern will die Bundesregierung daraus Maßnahmen ableiten, die noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt bzw. angestoßen werden?
62. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Unternehmen und Institutionen sind im Beirat des neu gegründeten Zentrums Mobilität der Zukunft vertreten, und nach welchen Kriterien wurden die Mitglieder des Beirates ausgewählt (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2021/005-scheuer-deutsches-zentrum-mobilitaet-der-zukunft.html)?
63. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Problemen rund um Fahrschulprüfungen in der Coronakrise, insbesondere im Hinblick auf steigende Wartezeiten, und plant sie diesbezüglich Schritte, um Beteiligte zu entlasten (www.abendblatt.de/hamburg/article231327440/Hamburg-Fahrschulen-Corona-Aufnahmestopp.html; www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/coronavirus/Fahrschulen-in-SH-wegen-Corona-dicht-in-Hamburg-aber-offen,fahrschulen104.html)?
64. Abgeordneter
Frank Schäffler
(FDP)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über im Zuge der Coronapandemie geschlossenen Sanitäreinrichtungen auf Rastplätzen und Autohöfen entlang der Bundesautobahnen und auf die Auswirkungen auf die Situation der Fernfahrer?
65. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Rechnet die Bundesregierung mit einer Verzögerung des Umtausches von veralteten Führerscheinen aufgrund der Coronapandemie und der Auswirkungen auf die zuständigen Behörden, und plant die Bundesregierung oder die EU, nach Kenntnis der Bundesregierung, eine Verschiebung aller oder einzelner Termine für den Umtausch (<https://bnn.de/karlsruhe/vor-2013-ausgestellte-fuehrerscheine-muessen-umgetauscht-werden>)?

66. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Welche Probleme sind aufgrund des Brexits im Güterverkehr von England nach Deutschland bzw. in die EU seit dem 31. Dezember 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung aufgetreten, und wie will die Bundesregierung diese Probleme lösen, um negative Auswirkungen für den deutschen Güterverkehr, deutsche Güterverkehrsunternehmen und weitere betroffene Unternehmen zu verhindern (www.wiwo.de/politik/europa/frachtkverkehr-die-brexit-buerokratie-wirkt-sich-immer-w-eiter-aus/26830360.html)?
67. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit spielt die Schaffung von Barrierefreiheit beim Projekt „Modellprodukte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) eine Rolle (siehe Pressemitteilung des BMVI vom 21. Januar 2021), und wo wird dieses Anliegen angesichts der Tatsache, dass davon in den in der Pressemitteilung wie auch in der Förderrichtlinie genannten inhaltlichen Schwerpunkten und Zielstellungen nichts zu finden ist, deutlich gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

68. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung hat die Bundesregierung zum In-Camera-Verfahren als Instrument zur Steigerung der Transparenz, und welche – insbesondere verfassungsrechtlichen Gründe – sprechen aus Sicht der Bundesregierung für oder gegen die Ausweitung oder Einführung dieses Verfahrens, insbesondere (aber nicht ausschließlich) im Atomrecht?
69. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung drei strategische Umweltprüfungen im Sinne der EU-Richtlinie 2001/42/EG nennen, an denen sie sich im Energiebereich innerhalb der aktuellen Wahlperiode aktiv beteiligt hat (d. h., sie hat um Konsultationen nach Artikel 7 der Richtlinie gebeten und eine Stellungnahme abgegeben), und kann die Bundesregierung drei andere strategische Umweltprüfungen nennen, an denen sie sich in genau dieser Weise im Bereich der Atomkraft beteiligt hat (Antworten auf den ersten und zweiten Frageteil sollten sich bitte nicht überschneiden, vgl. Antwort auf meine Frage 54 auf Plenarprotokoll 19/203)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

70. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wann wurden die Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern zur Bereitstellung der 500 Millionen Euro zur Anschaffung von Dienstlaptops für Lehrer jeweils unterzeichnet (bitte pro Bundesland einzeln angeben), und bis zu welchem Zeitpunkt sollen nach Planung der Bundesregierung die Verwaltungsvereinbarungen mit allen Ländern unterzeichnet sein (www.sueddeutsche.de/bildung/schulen-laptops-fuer-lehrer-1.5121186)?
71. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen haben die Regierungen von Dänemark, Finnland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Polen, Portugal, Schweden, Ungarn und Zypern die Bonner Erklärung für Forschungsfreiheit vom 20. Oktober 2020 nach Kenntnis der Bundesregierung bislang nicht unterzeichnet (bitte einzeln aufschlüsseln), und welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um Unterzeichnung und Umsetzung der Erklärung voranzutreiben, die als zentrales Ergebnis des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gilt (www.bmbf.de/de/karliczek-europaeischer-forschungsum-muss-garant-fuer-forschungsfreiheit-sein-12819.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

72. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann wird die Bundesregierung den vollständigen Stufenplan zur nachhaltigen Textilbeschaffung vorlegen, von dem der Anfang dieses Jahres veröffentlichte „Leitfaden der Bundesregierung für eine nachhaltige Textilbeschaffung der Bundesverwaltung“ laut Monitoringbericht 2019 zum Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit der Bundesregierung ein „zentraler Bestandteil“ ist (www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/Leitfaden-Textilbeschaffung.pdf, S. 26), und bis wann will die Bundesregierung das selbst gesteckte Ziel, „möglichst 50 Prozent der Textilien (ausgenommen Sondertextilien) nach ökologischen und sozialen Kriterien zu beschaffen“ (S. 25), erreichen, eingedenk dessen, dass das von ihr avisierte und wiederholt bekräftigte Zieljahr 2020 nun nicht mehr zu erreichen ist?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

73. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenkt die Bundesregierung den am 20. Januar 2021 vorgestellten Abschlussbericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit umzusetzen, und welche der vorgeschlagenen Maßnahmen priorisiert sie dabei konkret für die laufende Legislaturperiode?
74. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, wie im Abschlussbericht vom 20. Januar 2021 vorgestellt, dass das bisher im Rahmen des Mikrozensus verwendete Konzept des „Migrationshintergrundes“ aufzugeben sei, und plant sie, dem Vorschlag der Fachkommission zu folgen und zukünftig stattdessen den Terminus „Eingewanderte und ihre (direkten) Nachkommen“ (definiert als Menschen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit dem Jahr 1950 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind) zu verwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

75. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung einen Vorschlag für die erweiterte Gewerbesteuerkürzung von Wohnungsunternehmen für den Betrieb von Mieterstromanlagen vorlegen, und wie versteht die Bundesregierung die Forderung der regierungstragenden Fraktionen, dies „unverzüglich“ zu tun (vgl. Bundestagsdrucksache 19/25302)?
76. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Abschaltung der zertifizierten Girokonten-Vergleichswebsite durch Check24 im Hinblick auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher (vgl. www.vzbv.de/pressemitteilung/kontovergleichswebseite-gescheitert), und inwiefern plant die Bundesregierung, den Betrieb der Girokonten-Vergleichswebsite auf eine öffentlich-rechtliche Stelle zu übertragen?

77. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die Türkei die tatsächlichen Voraussetzungen für den automatischen Informationsaustausch über Kontoinformationen (FKAustG) nicht umgesetzt hat (www.boerse-online.de/nachrichten/geld-und-vorsorge/schwarzgeld-tuerkei-liefert-bankdaten-nicht-an-deutschland-aus-verzoegerungsgrund-unklar-1029968220), obwohl sie dies eigentlich bis Ende des Jahres 2019, nach Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2020, hätte machen müssen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/17407), und wie gedenkt die Bundesregierung, wirksam gegen die daraus weiterhin erleichterte Steuerhinterziehung, insbesondere auch Geldwäsche (zur Kenntnis: in der Türkei existierte ein seit dem Jahr 2018 regelmäßig um sechs Monate verlängertes „Vermögens-Friedens-Gesetz“, wonach unter anderem auf in die Türkei gebrachtes Vermögen aus dem Ausland nicht nach der Herkunft des Vermögens gefragt wird und darauf keine Steuer anfällt, vgl. www.milliyet.com.tr/ekonomi/10-soruda-yeni-varlik-barisi-inceleme-yapilmayacak-vergi-alinmayacak-6365180), in der Türkei vorzugehen, was das verdeckte Vermögen betrifft, das aus Deutschland in die Türkei gebracht wird (bitte konkrete Maßnahmen auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

78. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über rechtsextreme Netzwerke deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Namibia, und wie schätzt sie deren Einfluss auf bzw. Verbindung mit deutschsprachigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Namibias ein, wie Berichte über Aktivitäten des deutschen Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Namibia und deren Nähe zu rechtsextremem Gedankengut nahelegen (www.sueddeutsche.de/politik/ksk-bundeswehr-namibia-1.5173300)?

79. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Verbindung deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu rechtsextremen Netzwerken in der Republik Südafrika, und wie schätzt sie deren Einfluss auf die Verbindung mit deutschsprachigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern Südafrikas ein (www.spiegel.de/politik/deutschland/petrybystron-scharfe-kritik-an-afd-abgeordneten-von-claudia-roth-a-1244538.html)?
80. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang haben Bundesbehörden seit dem Jahr 2016 bei der Kontrolle bzw. Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs Kriegswaffen, Gewehre und Pistolen bzw. Munition sichergestellt bzw. beschlagnahmt (bitte auflüsseln nach Jahren, Kriegswaffen, Langwaffen, Pistolen, Munition)?
81. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Konnten die erfragten Fälle von im Grenzverkehr beschlagnahmten Kriegswaffen, Gewehren und Pistolen bzw. Munition einem Phänomenbereich der PMK zugeordnet werden, und wenn ja, welche Fälle welchen Phänomenbereichen?
82. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Was ist dem Bundeskriminalamt oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz zum Versuch einer Kontaktaufnahme gegenüber den Eltern einer Aktivistin am 12. November 2020 in Tübingen bekannt, und inwiefern waren die genannten Behörden an dem Versuch der Kontaktaufnahme oder vorangegangenen Maßnahmen gegenüber der Aktivistin bzw. ihren Eltern beteiligt?
83. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Was ist dem Bundeskriminalamt oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz zum Versuch einer Kontaktaufnahme gegenüber einer minderjährigen Aktivistin am 21. und 23. Juli 2020 in Freiburg bekannt, und inwiefern waren die genannten Behörden an dem Versuch der Kontaktaufnahme oder vorangegangenen Maßnahmen gegenüber der Aktivistin beteiligt?

84. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Einschätzung (siehe Bundestagsdrucksache 19/25940, Antwort zu Frage 8), dass die Vor-Ort-Berichterstattung über Demonstrationen für Medienschaffende in den letzten Jahren grundsätzlich nicht gefährlicher geworden ist, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aus der geäußerten Sorge der Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen, dass aufgrund zunehmender Gewalt gegen Medienschaffende bald weniger über Demonstrationen berichtet werden könnte (vgl. www.rnd.de/media/n/reporter-ohne-grenzen-befurchtet-nach-angriffen-auf-journalisten-weniger-berichte-uber-demos-BO2IBFCRJUNTHAT3XHS73B3CZ4.html)?
85. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche in den letzten Jahren unternommenen Anstrengungen zum bestmöglichen Ausgleich zwischen der Gewährleistung der Sicherheit und der Pressefreiheit meint die Bundesregierung konkret in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Polizeiliche Aufgaben und Pressefreiheit im Spannungsfeld“ (Bundestagsdrucksache 19/25940, Antwort zur Frage 2), und zu welchen Ergebnissen haben diese Anstrengungen geführt?
86. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie hoch ist die Quote der Homeoffice-Nutzung in den Bundesministerien heute, und wie hoch ist sie aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung im Durchschnitt bei den privaten Arbeitgebern (bitte insgesamt sowie nach Bundesministerien aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

87. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Trifft nach Kenntnis der Bundesregierung die Behauptung der iranischen Regierung zu, wonach die Tötung von General Soleimani unter Nutzung des US-amerikanischen Stützpunktes Ramstein erfolgt ist (<https://intelnews.org/2021/01/04/01-2930/>)?

88. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen konkreten finanziellen Maßnahmen setzt sich der „Aktionsplan Zivilgesellschaft Belarus“ in Höhe von 21 Millionen Euro laut Ankündigung des Auswärtigen Amts vom 16. Januar 2021 zusammen, und in welchem Zeitraum sollen diese Mittel verwendet werden (www.facebook.com/AuswaertigesAmt/posts/3554181874678957)?
89. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen sind nach Kenntnis der Bundesregierung für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit, wie sie bspw. erklärtes Ziel des „Petersburger Dialogs“ ist, durch Verschärfungen der russischen Gesetzgebung zu „ausländischen Agenten“ zu erwarten (www.tagesschau.de/ausland/russland-auslaendische-agenten-gesetz-101.html), und welche konkreten Gefährdungen und Restriktionen gehen nach Kenntnis der Bundesregierung von der Zusammenarbeit mit deutschen Stiftungen und gemeinnützigen Organisationen für russische Partnerinnen und Partner aus?
90. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung für den Schutz des de facto unter Hausarrest stehenden ugandischen Oppositionspolitikers Robert Kyagulanyi (alias Bobi Wine) ein (www.dw.com/de/oppositionsf%C3%BChrer-wine-protestiert-gegen-hausarrest/a-56298991), und inwiefern handelte es sich nach Einschätzung der Bundesregierung bei den ugandischen Präsidentschaftswahlen vom 14. Januar 2014 um freie und faire Wahlen?
91. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Verhaftung von Luis Robles, der in Kuba friedlich für die Freilassung von Denis Solís protestiert hat (www.cibercuba.com/noticias/2021-01-16-u1-e19568-s27061-cubanos-levantan-cartel-ibertad-luis-robles), und inwieweit hat die Bundesregierung die verschärften repressiven Maßnahmen (www.welt.de/kultur/kunst/plus222023264/Tanja-Bruguera-ueber-Kuba-Der-Staat-macht-uns-zu-Anarchisten.html) gegenüber Mitgliedern der Gruppen „Movimiento San Isidro“ und „N27“ seitens des kubanischen Regimes im Nachgang zu den Protesten am 27. November 2020 mit ihren kubanischen Partnerinnen und Partnern thematisiert?

92. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die mögliche Anwesenheit somalischer Kämpfer in der äthiopischen Tigray-Region (www.bbc.com/news/topics/cr2pnx1173dt/tigray-crisis), und inwiefern kann sie ausschließen, dass solche Kämpfer im Rahmen der EUTM-Somalia-Mission auch von Deutschland (www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik/eutm-somalia/249548) ausgebildet wurden?
93. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie viele Visa zum Familiennachzug wurden in den Jahren 2019 bzw. 2020 (bitte differenzieren) insgesamt erteilt (bitte nach den sieben wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und außerdem differenzieren nach Ehegattennachzug, Kindernachzug, Elternnachzug, Nachzug zu sonstigen Familienangehörigen, Nachzug zu international Schutzberechtigten, Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten), und in wie vielen Drittstaaten bzw. entsprechenden Visastellen ist pandemiebedingt derzeit keine Visumbeantragung zum Familiennachzug möglich?
94. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Grund hat der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas bei der gemeinsamen Pressekonferenz in Ankara nicht auf die Aussage seines türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu reagiert, der Griechenland schon vorab die „Verantwortung für jegliche Spannung zwischen unseren beiden Ländern“ gab, was in Griechenland nach meiner Ansicht verständlicherweise als Affront aufgefasst wurde („Griechische Politikerin: Maas soll sich erklären“, euractiv.de, 20. Januar 2021), und in welcher Form hat der Bundesaußenminister – auch in seiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats – bei seinen Gesprächen die Nichtumsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrecht durch die Türkei kritisiert („EGMR-Urteil ignoriert: Türkei lässt Oppositionspolitiker Demirtaş nicht frei“, DER STANDARD, 26. Dezember 2020)?
95. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern unterstützt die Bundesregierung das von den Niederlanden angekündigte Verfahren gegen Syrien vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Verstoßes gegen das Anti-Folter-Abkommen der Vereinten Nationen (www.sueddeutsche.de/politik/syrien-menschenrechte-niederlande-verstoesse-1.5037680), und wann genau wird entschieden, ob Deutschland einem möglichen Rechtsstreit beitreten wird?

96. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass die erweiterten Kontrollmöglichkeiten durch das Zusatzprotokoll der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) weder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung nach dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV) noch aufgrund einer gewohnheitsrechtlichen Verfestigung des Nichtverbreitungsregimes erfolgen, sondern ausschließlich auf der freiwilligen Vereinbarung der NVV-Staaten basieren, und inwieweit sind nach Kenntnis der Bundesregierung die als „erweiterter Verifikationsstandard“ geltenden Verifikationsbestimmungen (Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 2 bis 4 auf Bundestagsdrucksache 19/26000), das Ergebnis des unter der Ägide der IAEO kontinuierlich weiterentwickelten und ausdifferenzierten Verifikationsregimes des NVV, die nicht als konkrete Sicherungsmaßnahmen im Vertragstext des NVV festgeschrieben sind, sodass die im Vertragstext festgeschriebenen Verifikationsstandards des Atomwaffenverbotsvertrags mindestens auf dem Niveau des NVV liegen (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, WD 2 – 3000 – 111/20, S. 21)?

